

Sammelkasten

VII. H. 374. (6)

Protokoll

über die

VI. ordentliche Vollversammlung

der

Handwerkskammer

für das Herzogtum Braunschweig

Donnerstag, den 5. April 1906

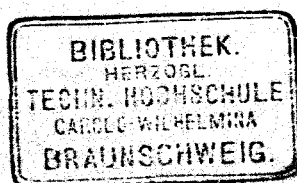
Vormittags 11 Uhr

im

Saale des „Gildehauses“

zu

Braunschweig.



Tagesordnung.

1. Geschäftsbericht.
 2. Neuwahl von 6 Vorstandsmitgliedern.
 3. Zuwahl von Mitgliedern.
 4. Neuwahl der ständigen Ausschüsse.
 5. Abnahme der Jahresrechnung pro 1904/05.
 6. Haushaltsplan pro 1906/07.
 7. Errichtung eines Lehrlingsheims in der Stadt Braunschweig.
 8. Verschiedenes.
-

Anwesend sind die Herren: Osterloh, Behrens, Göcke, Wollenweber, Eicke, Hahn, Kettler, Vehe, Meyer, Horney, Hoffmann, Mörtens, Zenker, Berger und Wolf, sämtlich aus Braunschweig, Kühne aus Vechelde, Fischer aus Hagen (Thedinghausen), Kronemann, Kiehne, Noack und Härighausen, sämtlich aus Wolfenbüttel, Cassel aus Schöppenstedt, Walkemeyer aus Bleckenstedt, Geffers, Neddermeyer, Kretzer, Hardeweg und Dressel, sämtlich aus Helmstedt, Block aus Schöningen, Rose und Brackebusch aus Gandersheim, Wilhelm und Krüger aus Seesen, Freise und Lutterberg aus Holzminden, Blume aus Stadtoldendorf, Kaulitz, Winnig und Heuwold aus Blankenburg, sowie der Kommissar der Kammer, Herr Regierungsrat Dr. Stegemann und der mitunterzeichnete Sekretär der Kammer, Assessor Baumgarten.

Entschuldigt fehlen die Herren Burgdorf aus Braunschweig, Kaufmann aus Wolfenbüttel, Pistorius aus Holzminden, Bierberg aus Gandersheim, und sind für die ersten drei deren erste Ersatzmänner, die Herren Schütte aus Braunschweig, Germer aus Kissenbrück und Jacob aus Holzminden, für den letztgenannten dessen zweiter Ersatzmann Herr Schomburg aus Gandersheim erschienen.

Der Vorsitzende Herr Osterloh eröffnet um 11¹/₄ Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und heißt auch den Kommissar der Kammer, Herrn Regierungsrat Dr. Stegemann willkommen.

Danach teilt er folgendes mit: Im Jahre 1905 sei Herr Moß aus dem Vorstande freiwillig ausgeschieden, und an seiner Stelle sein Ersatzmann Herr Nieß kooptiert. Infolge der im Januar d. Js. stattgehabten Neuwahlen zur Kammer seien ausgeschieden: die Herren Nieß, Meyerhoff und Weiß aus Braunschweig, Walterling aus Wolfenbüttel, Teute und Thielemann aus Helmstedt, Ritterbusch aus Holzminden und Ritzau aus Blankenburg. Für die Genannten seien neu gewählt die Herren Mörtens, Eicke, Meyer und Zenker aus Braunschweig, Noack aus Wolfenbüttel, Kretzer aus Helmstedt, Block aus Schöningen, Lutterberg aus Holzminden und Heuwold aus Blankenburg.

Im Anschluß daran stellt er der Versammlung die neugewählten Kammermitglieder einzeln vor, gedenkt auch mit kurzen Worten des im vergangenen Jahre verstorbenen zugewählten Mitgliedes Herrn Mühlenbesitzers Sternberg aus Helmstedt und bittet die Anwesenden, zu Ehren des Heimgegangenen sich von ihren Plätzen zu erheben, was geschieht. Darauf konstatiert er noch, daß die Versammlung auf Grund des § 23 der Statuten der Kammer ordnungsmäßig, und zwar sowohl durch schriftliche Einladung sämtlicher Kammermitglieder, als auch durch Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen vom 27. März d. Js. berufen sei.

Nachdem dann jeder einzelne Abgeordnete in die in Umlauf gesetzte Präsenzliste sich eingetragen, wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Geschäftsbericht.

Derselbe wird vom Sekretär erstattet, wie folgt:

Meine sehr geehrten Herren!

Die Geschäftstätigkeit der Handwerkskammer während des fast 1 $\frac{1}{2}$ jährigen Zeitraumes, der seit der letzten am 29. Oktober 1904 stattgehabten Vollversammlung verflossen ist, und über den ich Ihnen jetzt einen ausführlichen Bericht zu erstatten habe, ist eine recht umfangreiche gewesen.

Selbstverständlich hielt es der Vorstand für seine erste Aufgabe, die gefaßten Plenarbeschlüsse der Kammer so schnell als möglich zur Ausführung zu bringen.

Zunächst ist beantragtermaßen sämtlichen Innungen des Herzogtums durch Rundschreiben vom 21. November 1904 bekannt gegeben, daß die Kammer im April 1905 eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten und Gesellenstücken in Braunschweig zu veranstalten beabsichtige, und gleichzeitig dabei angefragt, ob Stimmung für eine solche Ausstellung vorhanden sei oder nicht. Das Resultat der Umfrage war völlig negativ, denn von 150 Innungen antworteten überhaupt nur 7 und davon allein 4 im ablehnenden Sinne. Natürlicherweise wurde daraufhin von der gedachten Ausstellung gänzlich Abstand genommen.

Die in der letzten Vollversammlung neu gewählte Kommission zur Regelung des Zahlungswesens ist, nachdem gleich in den ersten Tagen des Novembers 1904 eine Besprechung über die vorhandenen Mängel im Zahlungswesen zwischen verschiedenen Mitgliedern der Handels- und Handwerkskammer und Vertretern der Kaufmannschaft aus der Stadt Braunschweig stattgefunden, am 30. November 1904 zu einer Sitzung zusammengetreten und hat derzeit folgenden Beschluß gefaßt:

Die Handwerkskammer soll ersucht werden:

1. Sämtlichen Handwerkern des Kammerbezirks durch diesbezügliche Bekanntmachungen zu empfehlen, künftig ihrer Kundschaft die Rechnungen möglichst zugleich mit der Ware zuzusenden, anderenfalls dieselben monatlich auszuschreiben, mindestens aber alle Vierteljahre, und den Bäckern und Fleischern speziell die monatliche Ausschreibung von Rechnungen anheimzugeben.

2. Auf die Handelskammer möglichst dahin einzuwirken, daß sie sich bezüglich der Regelung des Zahlungswesens mit der Handwerkskammer solidarisch erkläre und demgemäß gemeinsam mit ihr dem Publikum über die angestrebten Neuerungen im Zahlungswesen entsprechende Aufklärung gebe.

3. Wenn möglich gemeinsam mit der Handelskammer, anderenfalls allein für die Herstellung kleiner Zettel, die einen auf die geplante Neuerung im Zahlungswesen hinweisenden Vermerk enthalten und auf jede Rechnung aufgeklebt werden müßten, Sorge zu tragen und die Benutzung dieser Zettel allen Gewerbetreibenden bezw. den Handwerkern allein zu empfehlen.

Der Vorstand ist diesem Ersuchen nachgekommen und hat daraufhin die Gelegenheit im Einvernehmen mit der Handelskammer so beschleunigt, daß schon zu Beginn v. J. das Publikum durch öffentliche Bekanntmachungen über die beschlossene Einführung kürzerer Borgfristen in Kenntnis gesetzt und die kleinen roten Zettel, die die Handwerkskammer in der Zwischenzeit hatte herstellen lassen, damit sie auf jede ausgehende Rechnung aufgeklebt würden, in größerer Anzahl an die Innungen zur Benutzung versandt werden konnten.

Die Kommission zur Gründung von Rabattsparevereinen ist bisher noch nicht in Funktion getreten, doch haben die hiesigen Mitglieder derselben mit den Obermeistern der Innungen der Stadt Braunschweig eine besondere Besprechung gehabt, die dahin geführt hat, daß bereits am 1. Dezember 1904 ein Rabattspareverein in hiesiger Stadt gegründet wurde.

Einem gelegentlich der letzten Vollversammlung zum Ausdruck gebrachten Wunsche entsprechend hat die Kammer auch, nachdem bei ihr von der Baugewerke-Innung Salder speziell noch ein dieselbe Sache betr. Antrag eingegangen war, an Herzogliches Staatsministerium das Ersuchen gerichtet, bei Berufung der Mitglieder der Voreinschätzungskommissionen für die Staatseinkommensteuer, wenn irgend möglich, auch den

Handwerkerstand zu berücksichtigen und, soweit dies bisher noch nicht geschehen sei, die betr. Kommissionen aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen.

Daraufhin ist der Bescheid eingegangen, daß nach den von den zuständigen Behörden eingezogenen Berichten bei der Zusammensetzung der Voreinschätzungskommissionen der gesetzlichen Vorschrift, daß die verschiedenen Arten des Einkommens möglichst berücksichtigt werden sollten, auch hinsichtlich des Handwerkerstandes Rechnung getragen sei, und auch in Zukunft dieser Vorschrift Genüge geleistet werde, sodaß die gewünschten Maßnahmen zur Zeit nicht ergriffen werden könnten.

Wiederholt, und zwar erheblich mehr als sonst, ist die Kammer während der Berichtszeit zur Erstattung von Gutachten veranlaßt. Dieselben betrafen insbesondere folgende Gegenstände:

1. Eine an Herzogliches Staatsministerium gerichtete Eingabe der hiesigen Schmied-Innung, betr. die Zusammensetzung der staatlichen Prüfungskommission zur Abnahme der Prüfungen im Hufbeschlag und den Nachweis der praktischen, sowie theoretischen Vorbildung für die genannten Prüfungen. — Die Eingabe wurde befürwortet.

2. Ein seitens des Herrn Reichskanzlers Herzoglichem Staatsministerium zugegangenes Schreiben, betr. die Vereinheitlichung der Jahresberichte der Handwerkskammern.

3. Ein an Herzogliches Staatsministerium gerichtetes Gesuch der hiesigen Uhrmacher-Innung wegen Bewilligung einer staatlichen Beihilfe zur Errichtung einer Lehrwerkstätte für Uhrmacher-Lehrlinge. — Der Vorstand gab anheim, dasselbe solange zurückzustellen, bis daß der hiesige Stadtmagistrat über die Errichtung der geplanten obligatorischen Fortbildungsschule mit Fachunterricht sich schlüssig gemacht habe.

4. Eine an Herzogliches Staatsministerium gerichtete Eingabe des deutschen Buchdrucker-Vereins zu Leipzig, betr. die einheitliche Festsetzung der zulässigen Höchstzahl der im Buchdruckergewerbe zu haltenden Lehrlinge, nach Maßgabe des deutschen Buchdruckertarifs gemäß § 128 Abs. 2 R. G. O. und zwar durch Bundesratsverordnung.

Die Eingabe wurde nach Anhörung einiger Interessenten und des Gesellenausschusses der Kammer befürwortet, da die Mehrzahl der Buchdruckereibesitzer des Herzogtums sich zustimmend dazu äußerte.

5. Eine seitens der hiesigen Uhrmacher-Innung Herzoglichem Staatsministerium unterbreitete Beschwerde über die bestehenden Mißstände des mit dem Herzogl. Leihhaus verbundenen Versatzwesens und die dadurch den Vertretern der Uhren- und Edelmetallbranche erwachsenen Schädigungen. — Das Gutachten wurde nach Anhörung der genannten Innung, sowie der hiesigen Juwelier-, Gold- und Silberschmiede-Innung erstattet, und Herzogliches Staatsministerium gebeten, geeignete Maßnahmen zu treffen, um den eingerissenen Mißständen zu steuern.

6. Ein vom Reichsamt des Innern an Herzogliches Staatsministerium gerichtetes Schreiben, betr. die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden. — Die gutachtliche Äußerung wurde an der Hand eines zu dem Zweck der Kammer übermittelten Fragebogens abgegeben.

7. Eine seitens des Vorstandes des Braunschw. Bezirksvereins im deutschen Fleischerverbände Herzoglichem Staatsministerium zugegangene Beschwerde, betr. die Festsetzung der Ausnahmetage für den Ladenschluß an Werktagen in kleineren Städten, speziell in Holzminden. — Die Eingabe wurde von der Kammer befürwortet, doch stellte sich auf Grund der von Herzoglichem Staatsministerium an Ort und Stelle eingezogenen Berichte nachträglich heraus, daß die Beschwerde völlig unbegründet gewesen war.

8. Ein an Herzogliches Staatsministerium gerichtetes Gesuch des Maurermeisters Schucht-Bisperode wegen Zulassung zur Kreiswerkmeisterprüfung unter Dispensierung von der auf Grund des § 133 R. G. O. abzulegenden Meisterprüfung. — Der Vorstand gab anheim, das Gesuch abzulehnen.

9. Eine an Herzogliches Staatsministerium gerichtete Eingabe des Vereins zur Förderung des Fortbildungsschulwesens wegen finanzieller Unterstützung bei der Einrichtung von Kursen für Lehrer an Fortbildungsschulen. — Die Eingabe wurde warm zur Berücksichtigung empfohlen, zumal die darin zum Ausdruck gebrachten Bestrebungen erkennen ließen, daß ebenso wie seitens der Kammer auch seitens des Braunschweigischen Landes-

Lehrer-Vereins der Ausgestaltung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens ein großes Interesse entgegengebracht und der Hauptwert mit darauf gelegt wird, daß die künftigen Fortbildungsschullehrer eine zweckmäßige Vorbildung erhalten.

10. Ein an den Präsidenten des Herzoglichen Landgerichts hierselbst gerichtetes Gesuch des Kreismaurermeisters *Rhode* hierselbst wegen genereller Beeidigung als Sachverständiger für gerichtliche bautechnische Angelegenheiten. — Das Gesuch wurde, nachdem es auf das erste Gutachten der Kammer hin abgelehnt war, und der Gesuchsteller bei Herzoglichem Staatsministerium Beschwerde verfolgt hatte, dem Vorstande zum zweiten Mal zur Äußerung unterbreitet, und danach auf Grund der beigefügten Referenzen befürwortet, gleichzeitig aber, dem Wunsch der hiesigen Baugewerken-Innung entsprechend, die Bitte ausgesprochen, außer dem genannten Kreismaurermeister noch mindestens je zwei Sachverständige für das Maurer- und Zimmerer-Handwerk und einen für das Dachdecker-Handwerk generell zu beeidigen.

11. Eine bei dem hiesigen Stadtmagistrat eingereichte Beschwerde des Gesellen-Ausschusses der hiesigen Schuhmacher-Innung, betr. seine Hinzuziehung bei der Neuwahl des sogen. Einbringsboten und beim Einschreiben der Lehrlinge. — Das Gutachten wurde dahin abgegeben, daß bezüglich des letzteren Vorgangs weder statutarische noch sonstige Vorschriften existierten, die die Hinzuziehung des Gesellenausschusses bedingt hätten, daß indeß bei der bezeichneten Neuwahl der Gesellenausschuß auf keinen Fall unberücksichtigt gelassen werden durfte, da die Stellenvermittlung durch den Einbringsboten unbedingt als eine Einrichtung angesehen werden müsse, die zur Unterstützung der Gesellen bestimmt sei.

12. Eine weitere bei dem hiesigen Stadtmagistrat verfolgte Beschwerde des Glasermeisters *Schäfer* wegen einer vom Vorstande der Glaser-Innung gegen ihn verhängten Ordnungsstrafe. — Die Beschwerde wurde für unbegründet erachtet.

13. Die von dem hiesigen Stadtmagistrat auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung in Erwägung gezogene Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. — Das Gutachten wurde in dem Sinne abgegeben, daß eine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe für die Kleingewerbetreibenden in keiner Weise förderlich, ja im Gegenteil sehr schädigend wirken werde, daß dagegen die Untersagung der Sonntagsarbeit im Großhandel wohl zu empfehlen sei.

14. Die durch Verfügung Herzoglichen Staatsministeriums angeordnete Nachprüfung, event. erneute Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter für den Bezirk der Stadt Braunschweig. — Dem hiesigen Stadtmagistrat wurde anheimgegeben, falls nicht eine Herabsetzung der Tagelöhne für angängig erachtet werde, was den zeitigen Verhältnissen wohl mehr entspreche, dafür einzutreten, daß wenigstens die alten Sätze bestehen blieben.

15. Drei bei Herzoglicher Kreisdirektion Wolfenbüttel eingegangene Anträge, betr. die Teilung der Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung, Sattler- und Tapezierer-Innung, sowie der Maler-Innung, sämtlich in Wolfenbüttel, und Errichtung von selbstständigen Innungen für die genannten Gewerbe für den Amtsgerichtsbezirk Schöppenstedt, bezw. den Amtsgerichtsbezirk Harzburg. — Die Anträge der beiden letztgenannten Innungen wurden befürwortet, dagegen die Ablehnung des Antrages der Schöppenstedter Barbieri anheimgegeben.

16. Einen von der Baugewerken-Innung Salder bei Herzoglicher Kreisdirektion Wolfenbüttel eingereichten Statutenentwurf, betr. die Errichtung eines eigenen Innungsschiedsgerichts. — Der Entwurf wurde, von einigen Abänderungen abgesehen, gutgeheißen und der ersuchenden Behörde die Genehmigung desselben empfohlen.

Außerdem wurden noch verschiedene Gutachten erstattet über die Frage „Fabrik oder Handwerk“, bezüglich der hiesigen Firmen *Carl Bihlmayer*, *Gustav Paul*, *Oppermann & Deichmann*, ferner bezüglich des Betriebes des Lohgerbereibesitzers *Drohn-Wolfenbüttel* und des Mühlenbesitzers *Roßmann* in *Dettum*, sowie des Drechslereetriebes des Mühlenbesitzers *Aug. Müller* in *Kirchbrak*. — In allen Fällen, mit Ausnahme von *Bihlmayer*, der nur als Händler angesehen werden konnte, äußerte sich die Kammer dahin, daß handwerksmäßige Großbetriebe vorhanden wären.

Schließlich wurde die Kammer auch noch seitens Herzoglicher Kreisdirektion Wolfenbüttel zur gutachtlichen Äußerung über die von dem Dampfdreschmaschinenbesitzer *Lühr-Hedeper* und dem Molkereibesitzer *Lindemann-Börßum* gegen ihre Heranziehung

zu den Beiträgen zur Handwerkskammer erhobenen Beschwerden veranlaßt. — Die Kammer sprach sich dahin aus, daß beide Beschwerden begründet wären.

Die Kammer hat aber auch sonst eine rege Geschäftstätigkeit entwickelt. Unter andern hat sie eine von dem deutschen Fleischerverbände an den Reichstag gerichtete Petition, betr. den vom Bundesrate vorgelegten Entwurf einer Maß- und Gewichtsordnung, sowie eine von demselben Verbände an den Reichskanzler gerichtete Protestkundgebung, betr. die Fleischnot und die zur Abwehr derselben empfohlene Fleischversorgung durch die Städte, unterstützt.

Auf Grund einer an die Kammer gerichteten gemeinsamen Eingabe der Vorstände des Landesverbandes der Bauarbeitgeberverbände im Herzogtum Braunschweig und des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Braunschweig E. V. hat dieselbe auch seinerzeit zu der kürzlich von Herzoglichem Staatsministerium zur Ausführung des § 22 der braunschweigischen Bauordnung und auf Grund des § 120e R. G. O. erlassenen Anweisung, betr. Sicherheitsvorkehrungen bei der Ausführung von Bau- und Abbruchsarbeiten, Stellung genommen und damals ihre Bedenken gegen einzelne in dem Entwurf der bezeichneten Anweisung vorgesehene Bestimmungen geltend gemacht, die auch, wie Sie sich jetzt nach Veröffentlichung der Anweisung überzeugen können, Beachtung gefunden haben.

Ebenso hat der Kammervorstand sich eingehend mit dem Gesetzentwurf, betr. die Sicherung der Bauforderungen, beschäftigt und dann in einer Eingabe Herzogliches Staatsministerium gebeten, den braunschweigischen Bevollmächtigten beim Bundesrate anzuweisen, daß derselbe bei der Beratung des Entwurfs den in dieser Richtung seitens des Provinzial-Baugewerken-Innungsverbandes für das Herzogtum Braunschweig und der Handwerkskammer zum Ausdruck gebrachten Abänderungsvorschlägen, soweit angängig, Rechnung trüge.

Die Kammer hat ferner auf diesbezügliches Ersuchen die auf Grund einer Umfrage bei den Innungen des Herzogtums festgestellten und in einer besonderen Sitzung der Kommission zur Prüfung der Gewerbesteuerfrage als durchaus berechtigt anerkannten Wünsche und Vorschläge wegen Abänderung des braunschweigischen Gewerbesteuer-gesetzes vom 27. März 1893 in einer ausführlichen Eingabe Herzoglichem Steuerkollegium unterbreitet; wie die geehrten Herren jedenfalls aus den Verhandlungen des diesjährigen Landtages ersehen haben, sind diese Vorschläge bei der betr. Regierungsvorlage berücksichtigt, so daß mit der Annahme derselben seitens der Landesversammlung die Wünsche des Handwerkerstandes in der Hauptsache wohl als erfüllt angesehen werden können.

Hierbei möchte ich noch erwähnen, daß seitens des geschäftsführenden Ausschusses des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages zu allen von der Reichsregierung aufgestellten und vom Bundesrat bereits angenommenen Gesetzentwürfen, die teilweise auch schon den Reichstag beschäftigt haben, den maßgebenden Reichsbehörden gegenüber nach Anhörung der einzelnen Handwerks- und Gewerbekammern Stellung genommen ist.

Durch eine weitere Herzoglichem Staatsministerium unterbreitete Eingabe hat die Kammer erreicht, daß sämtliche Standesbeamten des Herzogtums durch die zuständigen Herzoglichen Kreisdirektionen angewiesen sind, von Handwerkern, die sich ins Standesregister eintragen lassen wollen, in Zweifelsfällen den Nachweis der Berechtigung zur Führung des Meistertitels zu verlangen.

Veranlaßt durch einen besonderen Fall hat der Vorstand auch an den hiesigen Stadtmagistrat das Ersuchen gestellt, dafür Sorge zu tragen, daß mit der Aushändigung von Gewerbebescheinigungen an Minderjährige künftig etwas vorsichtiger als bisher verfahren und bei allen Gewerbeanzeigen solcher Personen stets geprüft würde, ob die gesetzlichen Vorbedingungen für die Anzeige erfüllt wären. — Diesem Ersuchen ist mit der Maßgabe stattgegeben, daß fortan von jeder Gewerbeanzeige eines Minderjährigen sofort der Vormundschaftsbehörde, der Herzoglichen Polizeidirektion und der Handels- bzw. Handwerkskammer Mitteilung gemacht werden solle, damit dieselben Gelegenheit haben, Nachforschungen über die persönlichen Verhältnisse des Minderjährigen anzustellen, und bei Gefährdung der Sicherheit des Geschäftsverkehrs geeignete Maßregeln, z. B. Warnung des Publikums durch Bekanntmachungen, ergreifen können.

Um feststellen zu können, wieviel von den Ostern d. Js. konfirmiert werdenden und die Schule verlassenden Knaben ein Handwerk erlernen und wieviel als sogen.

„jugendliche Arbeiter“ im engeren Sinne in Stellung gehen wollen, ist seitens der Kammer im Wege einer auf spezielle Anweisung des Herzoglichen Staatsministeriums durch Herzogliches Konsistorium bzw. die zuständigen Herzoglichen Kreisdirektionen vermittelten Umfrage bei sämtlichen Pastoren des Landes eine Enquête eingeleitet worden, deren Ergebnis zur Zeit allerdings noch nicht feststeht, die aber der Kammer sicherlich zu großem Nutzen gereichen wird.

Eine von der vereinigten Tischler-, Stellmacher-, Drechsler- etc. Innung Holzminden wegen des Verfahrens bei Holzverkäufen im Bezirk des Oberforstamts Holzminden erhobene und der Handwerkskammer zugestellte Beschwerde ist Herzoglicher Kammer, Direktion der Forsten, mit der Bitte um Abhülfe der gerügten Mängel unterbreitet, aber dortseits in ausführlicher Beantwortung als unbegründet angesehen, wovon den Beschwerdeführern entsprechende Mitteilung gegeben wurde.

Ein seitens des Innungsausschusses der Stadt Helmstedt an die Kammer gerichtetes Ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die in der Herzoglichen Heil- und Pflegeanstalt zu Königslutter untergebrachten Kranken nicht, wie es jetzt zum Teil dort üblich, bei dortigen Handwerksmeistern beschäftigt würden, wurde in Abschrift der bezeichneten Anstaltsdirektion zur Äußerung übersandt. Aus der darauf eingegangenen Antwort geht hervor, daß tatsächlich nur ein Schuhmacher, ein Sattler und ein Klempner bei dem dieses Gewerbe betreibenden Handwerkern in sogen. Familienpflege gegeben sind und dabei natürlich auch etwas beschäftigt werden, und daß seitens der Anstaltsdirektion den betr. Pflegern für die Verpflegung der Kranken usw. 75 Pf. pro Tag bezahlt werden. Selbstredend liegt in diesem Verfahren durchaus keine Schädigung der Handwerksmeister in Königslutter, und der Vorstand hat es deshalb sehr bedauert, daß der genannte Innungsausschuß, ohne sich vorher genau informiert zu haben, die Kammer veranlaßt hat, überhaupt Schritte in der Angelegenheit zu unternehmen.

Die Kammer hat auch in Sachen des gewerblichen Fortbildungsschulwesens verschiedene Eingaben an den hiesigen Stadtmagistrat gerichtet und dabei die bereits in einer der ersten Vollversammlungen gemachten Vorschläge bezüglich der Einrichtung der Fortbildungsschule, der Zusammensetzung des Schulvorstandes usw. immer wieder zum Ausdruck gebracht, so daß hoffentlich bei der demnächstigen Umgestaltung der hiesigen Fortbildungsschule alle Wünsche des Handwerkerstandes Berücksichtigung finden werden.

Des weiteren ist dem hiesigen Stadtmagistrat sowohl wie auch Herzoglichem Staatsministerium ein ausführliches Programm über die seitens der Kammer in den nächsten Jahren in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Förderung des Handwerks mitgeteilt, und hierbei die Bitte um finanzielle Unterstützung der geplanten Unternehmen aus dem der Stadt Braunschweig bzw. dem Staat zufallenden Teile der aus der sogen. Warenhaussteuer vereinnahmten Beträge ausgesprochen. Dieser Bitte ist vorläufig insofern stattgegeben, als der Stadtmagistrat für die Errichtung eines Lehrlingsheims in hiesiger Stadt 6000 Mk. bewilligt hat. Näheres hierüber werden Sie nachher noch hören.

Schließlich hat die Kammer auch noch auf Ersuchen der Handwerkskammer für Oberbayern zu München Herzogliches Staatsministerium gebeten, beim Bundesrat und Reichstag dahin zu wirken, daß die Prüfungsordnungen für das Hufbeschlaggewerbe an allen tierärztlichen Hochschulen und Privatanstalten des Deutschen Reiches einheitlich geregelt würden.

Der Antrag der Vereinigung der selbständigen Barbieri, Friseure und Perückenmacher zu Blankenburg, ihr zur Anschaffung von Handwerkszeug für die neu gegründete Fachschule daselbst eine Unterstützung von 50 Mk. zu gewähren, wurde mit Rücksicht darauf, daß das Unternehmen noch zu jung sei, abgelehnt, dagegen der Schuhmacher-Innung Stadtoldendorf auf ein dahin abzielendes Gesuch für die dortige Innungsfachschule eine Beihilfe von 25 Mk. bewilligt, und der Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung zu Helmstedt zum Ankauf von Preisen für ein von ihr veranstaltetes Schaufrisieren, verbunden mit einer Ausstellung von Lehrlingsarbeiten und Gesellenstücken, 5 Mk. überwiesen.

Ferner wurden dem Tischlergesellen H o h n d o r f von hier für den Besuch der Tischlerfachschule in Detmold 50 Mk. und dem Lithographengehilfen K l e i n e aus Boffzen zur Bestreitung der Kosten des weiteren Besuchs der Handwerker- und Kunstgewerbeschule

zu Barmen ebenfalls 50 Mk., sowie dem Malergehilfen G a d a u von hier, der schon früher einmal eine größere Unterstützung erhalten, für den ferneren Besuch der Unterrichtsanstalt des königlichen Kunstgewerbemuseums zu Berlin nochmals 100 Mk. als Stipendium übermittelt. Erstere beiden erhielten daneben noch auf besondere Vorstellung seitens der Kammer bei Herzoglichem Staatsministerium staatliche Beihilfen, und zwar H o h n d o r f 50 Mk. und K l e i n e 200 Mk. Außer den Genannten hatte der Tischlergeselle M e t g e - G r e e n e die Kammer um Unterstützung für den Besuch der süddeutschen Schreinerfachschule in Nürnberg gebeten. Dieser Bitte ist aber nicht stattgegeben, weil derselbe seine an der bezeichneten Schule erworbenen Kenntnisse lediglich dazu benutzen wollte, um später als Zeichner sein Brod zu verdienen.

Ein ferner bei der Kammer eingegangenes Gesuch des Barbiers V o g e l s a n g - I m m e n d o r f, wegen Verleihung der Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen wurde der zuständigen Herzoglichen Kreisdirektion Wolfenbüttel mit dem Anheimgeben übermittelt, dasselbe abzulehnen, weil der Petent erst vor 1½ Jahren ausgelernt und noch nicht das 24. Lebensjahr vollendet habe. Der Gesuchsteller hat daraufhin abschlägigen Bescheid erhalten.

In der Berichtszeit liefen auch wieder eine große Anzahl von Gesuchen wegen Mehreinstellung von Lehrlingen, als die Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens es gestatten und wegen Abkürzung der Lehrzeit ein. Dieselben wurden, wie bisher üblich, soweit Innungslehrlinge in Frage kamen, den betr. Innungen, und soweit es sich um Nicht-Innungslehrlinge handelte, den zuständigen Gemeindebehörden zur gutachtlichen Äußerung zugesandt, und dann je nach dem Ausfall der Antwort Beschluß darüber gefaßt. Die Antragssteller erhielten vielfach zustimmenden, vielfach aber auch abschlägigen Bescheid.

Leider hat sich die Kammer mehrfach veranlaßt gesehen, in Fällen, wo Handwerker große Renitenz zur Schau trugen, die Hülfe der zuständigen Behörden in Anspruch zu nehmen. Dieses Mittel hat allerdings stets den gewünschten Erfolg gehabt.

Mit Beginn vorigen Jahres sind auch eine größere Anzahl Sachverständige von der Kammer bestellt und als solche verpflichtet, die durch Abgabe von Gutachten entstandene Differenzen zwischen Handwerksmeistern und Publikum sowohl, wie auch zwischen Handwerksmeistern untereinander oder auch mit deren Lieferanten ausgleichen und schlichten und dadurch Prozessen in gewerblichen Angelegenheiten nach Möglichkeit vorbeugen sollen. Dieses neue Institut hat sich bis jetzt recht gut bewährt und die Hoffnungen erfüllt, die die Kammer von Anfang an darauf gesetzt hat. Bis zum heutigen Tage sind Anträge wegen Erstattung von Gutachten in 20 Fällen gestellt, doch nur in 18 Fällen sind die Sachverständigen wirklich in Funktion getreten. Die Abgabe der Gutachten hatte den Erfolg, daß in den meisten Fällen ein Vergleich zwischen den Parteien zustande kam. Der Wert des Streitgegenstandes bewegte sich zwischen 15 Mk. und 1400 Mk.

Das Beauftragtenwesen hat leider noch nicht seitens der Kammer weiter ausgebaut werden können, doch ist die Angelegenheit schon insofern vorwärts geschritten, als einige Innungen sich bereit erklärt haben, selbst Beauftragte zu bestellen, die durch entsprechende Legitimation seitens der Kammer zugleich bevollmächtigt werden, auch Nicht-Innungsbetriebe mit zu kontrollieren.

Zu erwähnen ist noch, daß die Kammer im vorigen Jahre mit der braunschweigischen Lebensversicherungsanstalt a. G. hierselbst einen Vergünstigungsvertrag abgeschlossen hat, der den Handwerkern des Kammerbezirks bei Abschluss von Lebensversicherungen besondere Vorteile gewährt.

Seit der letzten Plenarsitzung sind auch wieder eine Anzahl Ehrenurkunden von der Kammer verliehen worden, und zwar Ehrenmeisterbriefe für 50jähriges Meisterjubiläum in 4 Fällen und Ehrendiplome für 25jährige und längere, ununterbrochene Tätigkeit in ein und demselben Handwerksbetriebe in 22 Fällen.

In der Berichtsperiode ist 1 Innung aufgelöst, 3 Innungen sind neu errichtet, sodaß zur Zeit 150 Innungen, und zwar 76 Zwangs- und 74 freie Innungen, existieren. Außerdem ist in Holzminden ein Innungsausschuß neu gegründet.

Der Meisterprüfung haben sich 134 Prüflinge unterzogen und zwar 56 aus dem Kreise Braunschweig, 18 aus dem Kreise Wolfenbüttel, 30 aus dem Kreise Helmstedt, 15 aus dem Kreise Gandersheim, 7 aus dem Kreise Holzminden und 8 aus dem Kreise Blankenburg. Bestanden haben dieselbe 131.

18 Buchführungskurse wurden abgehalten und zwar in Braunschweig je einer für Barbieri, Friscure und Perückenmacher, Glaser, Maler, Schmiede, Schneider und Stellmacher, in Helmstedt einer für Schuhmacher, in Schöningen einer für Fleischer, in Gandersheim einer für Tischler, in Blankenburg einer für Bäcker, außerdem für gemischte Handwerkszweige je einer in Wolfenbüttel, Schöppenstedt, Salder, Schöningen, Gandersheim, Seesen, Kreiensen und Stadtoldendorf. Die Zahl der Teilnehmer belief sich auf insgesamt 515. Außerdem hat ein Zuschneidekursus für Schneidergesellen stattgefunden, an dem sich 17 Personen beteiligten.

Folgende Sitzungen hat die Kammer seit der letzten Vollversammlung abgehalten: 5 Vorstandssitzungen, 30 Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses, sowie je eine Sitzung des Rechnungsausschusses, der Kommission zur Prüfung der Gewerbesteuerfrage, der Kommission zur Regelung des Zahlungswesens und 2 Sitzungen des Gesellenausschusses.

Außerdem haben in demselben Zeitraume mehrfach Vertreter der Kammer an hiesigen und auswärtigen Sitzungen und Versammlungen teilgenommen, nämlich:

Am 4. Januar 1905 an einer hierselbst abgehaltenen Sitzung des Verbandes ländlicher Genossenschaften Raiffeisenscher Organisation für Thüringen, Sachsen und Braunschweig.

Am 11. Januar v. Js. an einer hierselbst stattgehabten Besprechung betr. Gründung einer Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze, am 20. Mai v. Js. an der in Bad Harzburg stattgehabten vorbereitenden Sitzung und am 22. Januar d. Js. an der ersten Generalversammlung dieser Gesellschaft hierselbst.

Am 5. Juli v. Js. sowie am 16. und 17. Januar d. Js. an je einer Sitzung der niedersächsischen Handwerkskammern in Osnabrück und Harburg a. Elbe.

Am 9., 10. und 11. August v. Js. an den Verhandlungen des VI. Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages zu Köln a. Rhein.

Am 11. und 12. September v. Js. an dem hierselbst stattgehabten 20. Delegiertentage des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister.

Am 17. September v. Js. an dem VI. Braunschweigischen Handwerkertage in Holzminden.

Am 27. Oktober v. Js. an einer auf Veranlassung des kaufmännischen Vereins „Union“ hierselbst anberaumten Besprechung über die Erweiterung der Sonntagsruhe in Detailgeschäften.

Am 3. Januar d. Js. an dem ersten hierselbst stattgehabten Verbandstage des Verbandes ländlicher Genossenschaften im Herzogtum Braunschweig.

In der Berichtszeit sind unter Nichtberücksichtigung der periodischen Druckschriften 2537 Eingänge und 2105 Ausgänge, also insgesamt 4642 Nummern, im Journal registriert. Werden die ausgegangenen Rundschreiben an Handwerkskammern und Innungen etc. einzeln mitgerechnet, so ergibt sich die nicht geringe Summe von 9263 Nummern. Sie sehen also meine Herren, die Tätigkeit der Kammer ist doch eine sehr umfangreiche gewesen. Selbstverständlich ist das Bureau, abgesehen von den vielen schriftlichen Auskunftserteilungen auch sehr oft zur Erledigung mündlicher Anfragen in Anspruch genommen.

Damit dürfte Ihnen in großen Umrissen alles das bekannt gegeben sein, was für Sie zu wissen sicherlich notwendig war, wenn Sie überhaupt einen Einblick in die Geschäftstätigkeit der Kammer bekommen sollten.

Ich hoffe hiernach zuversichtlich, daß Sie einerseits die Arbeit, die seitens der Kammer geleistet ist, anerkennen, andererseits aber auch künftig, jeder nach seinen Kräften, dazu beitragen werden, daß die Kammer als Interessenvertretung des Braunschweigischen Handwerks nach außen hin immer mehr an Ansehen gewinnt, und daß Sie dieselbe nach jeder Richtung hin in ihren Geschäften mit Rat und Tat unterstützen werden.

An den Geschäftsbericht schließt sich eine längere Diskussion.

Herr N e d d e r m e y e r bedauert zunächst, daß die im vorigen Jahr geplante Ausstellung von Lehrlingsarbeiten und Gesellenstücken infolge der unglaublichen Teilnahmslosigkeit der Innungen nicht zustande gekommen sei, geht dann auf das „Submissionswesen“ ein und führt dazu etwa Folgendes aus: Es komme schließlich soweit, daß jeder anständige Handwerker sich von der Vergebung irgendwelcher Arbeiten oder Lieferungen fern halte; in der letzten Zeit seien Submissionsergebnisse erzielt, die geradezu frapierend wirkten. Jeder Handwerker, der einigermaßen rechnen könne, frage sich,

wie so etwas möglich sei. Dem Billigsten werde die Arbeit übertragen, und da spreche man noch von Schutz des Handwerks. Es müßten ganz andere Maßnahmen ergriffen werden, und seiner Meinung nach sei eine Besserung nur dann zu erreichen, wenn die Abnahmebedingungen schärfer eingehalten würden.

Herr Brackebusch beklagt, daß das Submissionswesen bezüglich der Staatsbauten noch immer nicht geregelt sei.

Herr Regierungsrat Dr. Stegemann bittet darum, man möge die Klagen über das Submissionswesen nicht verallgemeinern; man müsse einen scharfen Unterschied machen, zwischen staatlichen und städtischen Ausschreibungen. Ihm seien keine Fälle bekannt, in denen bei staatlichen Ausschreibungen von den bestehenden Grundsätzen abgewichen sei.

Herr Freise kommt ebenfalls auf die nicht zustande gekommene Ausstellung zu sprechen. In den Kreisen derjenigen Handwerker, mit denen er in Fühlung stehe, erklärt er, frage man immer: „Was nützt uns denn solche Ausstellung, da haben doch nur die Braunschweiger etwas davon.“ Mit der Umfrage betreffs der Ausstellung hätte man jedenfalls einen besseren Erfolg erzielt, wenn von vornherein gesagt wäre, — vorausgesetzt, daß dieses überhaupt angängig — daß die Kammer die Kosten für den Transport der Ausstellungsobjekte nach Braunschweig übernehmen würde.

Herr Brackebusch entgegnet dem Kommissar der Kammer bezüglich des Submissionswesens, auch von staatlichen Behörden werde in mancher Beziehung gesündigt. Er wolle nur an die Vergebung der seitens der Eisenbahnbehörde ausgeschriebenen Arbeiten erinnern.

Der Vorsitzende bedauert, daß die Handwerkskammer gegenüber den Gepflogenheiten der Eisenbahnbehörden bei Ausschreibung von Arbeiten nichts zu tun im Stande sei, und erwidert Herrn Freise, die Stadt Braunschweig hätte von einer Ausstellung, wie sie geplant gewesen, durchaus nicht mehr und nicht weniger gehabt, wie die Handwerkskreise anderer Städte des Herzogtums, in deren Interesse die Ausstellung ebenfalls hätte veranstaltet werden sollen.

Herr Regierungsrat Dr. Stegemann gibt zwar zu, daß an und für sich wohl die kleineren Städte des Herzogtums nicht den gleichen Nutzen von einer Ausstellung haben werden, wie die Stadt Braunschweig, meint aber, daß dafür immerhin die Möglichkeit einer Dezentralisation gegeben sei, und empfiehlt deshalb, falls befürchtet werde, daß durch eine in einer einzigen Stadt veranstaltete Ausstellung diese vor den anderen Städten bevorzugt werde, in den kleineren Städten des Herzogtums sog. Vor-Ausstellungen zu veranstalten. Was die Transportkosten der Ausstellungsobjekte anlange, so bemerke er, daß diese kein Hindernis bilden dürften. Es stehe der Handwerkskammer ja in solchen Fällen jederzeit die Möglichkeit offen, die Wünsche der Beteiligten Herzogl. Staatsministerium zu unterbreiten, und dabei auf den großen Nutzen, den eine solche Ausstellung für das Handwerk bedeute, hinzuweisen. Seiner Ansicht nach würde diese Behörde, wenn eine solche Eingabe nach dort gerichtet würde, aus den ihr für das Handwerk zur Verfügung stehenden staatlichen Mitteln einen Teil der Transportkosten gern übernehmen.

Redner sieht sich auch nochmals veranlaßt, auf die Klagen über die Mängel im heutigen Submissionswesen eine Erwiderung zu geben, und äußert sich etwa folgendermaßen dazu: Er könne nur wiederholen, daß allgemeine Äußerungen wie: „Der Staat muß sich mehr um das Handwerk kümmern“ gar keinen Zweck hätten. Um etwas zu erreichen, sei es unerläßlich, daß der Handwerkskammer bestimmte Mißstände mitgeteilt und namentlich die Behörden, bei denen diese vorgekommen, einzeln namhaft gemacht würden. Vor allem dürften auch die hervorgehobenen Mängel nicht verallgemeinert, sondern müßten genau spezialisiert werden. Das seinerzeit von der Handwerkskammer im Wege einer Umfrage gesammelte Material sei leider nicht ausreichend gewesen, um daraufhin schon besondere Maßnahmen seitens der Regierung zu treffen.

Herr Lutterberg macht darauf aufmerksam, daß kürzlich ein neuer Erlaß seitens des preußischen Herrn Eisenbahnministers ergangen sei, wonach bei Vergebung von Arbeiten für Eisenbahnbauten, soweit solche nicht in eigener Regie ausgeführt würden, diejenigen ortsansässigen Handwerker, die leistungsfähig seien, berücksichtigt werden sollten. Vorkommenden Falls möge sich die Kammer auf diesen Erlaß beziehen.

Herr Kettler führt noch Beschwerde darüber, daß die hiesige Waisenhausverwaltung eine Brodlieferung an die kürzlich in Konkurs geratene Brodfabrik von Löhrmelverode vergeben habe.

Herr Märtens erklärt, daß die hiesige Tapezierer-Innung die in der Stadtverordnetenversammlung vom 29. März d. Js. bezüglich des Submissionswesens geäußerten Äußerungen sich nicht gefallen lassen, sondern widerlegen und speziell Beschwerde erheben werde, bezüglich der Vergebung der Lieferungen für die hiesige Kommeniussschule und das städtische Kinderheim, bei denen hiesige Handwerksmeister, die sich um die Lieferungen beworben, einfach unberücksichtigt geblieben seien und an ihrer Stelle ein hiesiges Bettgeschäft als billigste Bieterin den Sieg davon getragen habe. Die für die genannten Institute gelieferten Sachen hätten jedoch den Submissionsbedingungen nicht entsprochen, und hätten deshalb nachträglich noch Abänderungen erfahren, die jedermann jetzt noch deutlich wahrnehmen könne.

Der Vorsitzende richtet im Anschluß hieran die Bitte an die Versammlung, es möge dafür Sorge getragen werden, daß der Kammer nur zutreffendes und wirklich sachdienliches Material zugesandt werde, damit dasselbe auch als Unterlage für die Regelung des Submissionswesens benutzt werden könnte. Denn dasjenige Material, was bisher die Kammer Herzogl. Staatsministerium unterbreitet habe, sei nicht ausreichend gewesen, um daraufhin schon eine Abänderung des Submissionsverfahrens vorzunehmen.

II. Neuwahl von 6 Vorstandsmitgliedern.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden die Herren Hardeweg und Kettler zu Mitgliedern der für die erforderlichen Wahlen zu bildenden Kommission bestellt, und dann gemäß § 27 der Statuten der Kammer die Wahlen geheim und durch Stimmzettel vorgenommen. Über diese Wahlhandlung wird ein besonderes Protokoll geführt.

Es werden dem vom Vorsitzenden im Namen des Vorstandes gestellten Antrage gemäß die bisherigen Vorstandsmitglieder Herren Behrens, Göcke, Krone mann, Geffers, Pistorius wieder- und Herr Eicke neugewählt.

Sämtliche Herren, außer Herrn Pistorius, der nicht anwesend ist, nehmen die auf sie gefallene Wahl dankend an.

III. Zuwahl von Mitgliedern.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß die gemäß § 5 der Statuten zugewählten Kammermitglieder, Herren Glasermeister Sprötge, Klempnermeister Gieß und Tapezierermeister Märtens hierselbst, Schuhmachermeister Staats aus Wolfenbüttel und Mühlenbesitzer Sternberg aus Helmstedt, sowie deren Ersatzmänner Hofzimmermeister Mügge aus Blankenburg, Schuhmachermeister Schrader aus Calvörde, Sattlermeister Rhinow hierselbst, Fleischermeister Seubert aus Wolfenbüttel, Uhrmachermeister Lohmann aus Holzminden, sowie Uhrmachermeister Zenger hierselbst teils infolge 6jähriger Amtsdauer ausgeschieden, teils freiwillig zurückgetreten sind. Dann werden die Wahlen durch Zuruf vorgenommen.

Als Mitglieder der Kammer werden wieder- bzw. neu zugewählt die Herren Glasermeister Sprötge, Klempnermeister Hirsekorn und Hof-Kürschner Herbst hierselbst, Sattlermeister Kantner aus Wolfenbüttel, sowie Mühlenbesitzer Ewig aus Gandersheim, und als Ersatzmänner die Herren Hofzimmermeister Mügge aus Blankenburg, Schuhmachermeister Schrader aus Calvörde, Schuhmachermeister Staats aus Wolfenbüttel, Sattlermeister Rhinow hierselbst, Mühlenbesitzer Mull aus Laubhütte, sowie Schornsteinfegermeister Peters aus Schöppenstedt.

Auch diese Herren, mit Ausnahme des Herrn Kantner und der zugewählten Ersatzmänner, die sämtlich nicht zugegen sind, nehmen die auf sie gefallene Wahl an.

IV. Neuwahl der ständigen Ausschüsse.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden erfolgen die Wahlen durch Zuruf.

Es werden gewählt in den „Ausschuß für das Lehrlingswesen“ die Herren Kettler, Burgdorf und Hahn, in den „Berufungsausschuß“

die Herren Horney, Berger und Wolf; in den „Rechnungsausschuß“ die Herren Horney, Vehe und Wolf, in den „Ausschuß zur Förderung des Handwerks“ die Herren Behrens, Göcke, Hahn, Kronemann, Geffers, Bierberg, Lutterberg und Kaulitz, in den „Ausschuß für das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen“ die Herren Meyer, Wollenweber, Eicke, Kiehne, Kauffmann, Noack, Cassel, Neddermeyer, Dressel, Geffers, Bierberg, Krüger, Brackebusch, Pistorius, Freise, Blume, Kaulitz und Heuwold. Sämtliche anwesenden Herren nehmen die Wahl an.

V. Abnahme der Jahresrechnung pro 1904/05.

Herr Horney berichtet namens des Rechnungsausschusses, daß sämtliche Bücher über die Einnahmen und Ausgaben der Kammer nebst den zugehörigen Belegen in den Sitzungen vom 28. und 29. Juni v. Js. eingehend geprüft und für richtig befunden seien, und daß beim Rechnungsabschluß ein Kassenbestand von 3689 Mk. 25 Pfg. sich ergeben habe. Er beantragt demgemäß dem bisherigen Rechnungsführer Herrn G ö c k e für die von demselben aufgestellte Jahresrechnung Entlastung zu erteilen. Dem Antrage wird stattgegeben.

Hierauf berichtet der Vorsitzende über den Stipendienfonds der Kammer und gibt dabei bekannt, daß derselbe zur Zeit auf 6616 Mk. 89 Pfg. angewachsen sei.

VI. Haushaltsplan pro 1906/07.

Der Voranschlag des Haushaltsplanes pro 1906/07 weist folgende Hauptpositionen in den Ausgaben auf:

1. Entschädigung für Wahrnehmung der Geschäfte der Kammer .	1800 Mk.
2. Reisekosten und Diäten	3450 „
3. Gehälter	7000 „
4. Miete	1500 „
5. Heizung und Beleuchtung der Büroräume	500 „
6. Anschaffungen für das Bureau	200 „
7. Bureau-Unkosten	1800 „
8. Bibliothek	200 „
9. Abonnements für Fachzeitungen etc. und Beitrag zum Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag	150 „
10. Zuschuß zur Herstellung des „Handwerksbote“	720 „
11. Jahresbeitrag zum Stipendienfonds	300 „
12. Ehrungen	200 „
13. Außerordentliche Ausgaben und Unvorhergesehenes	180 „

Da der Haushaltsplan nebst einer Zusammenstellung über die Ausgaben im Rechnungsjahre 1905/06 sämtlichen Kammermitgliedern zugleich mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen war, und Einwendungen dagegen von keiner Seite erhoben werden, wird derselbe, nachdem der Vorsitzende auf speziellen Wunsch noch zu einzelnen Positionen Erläuterungen bzw. Aufklärung gegeben, wie in den letzten Jahren, mit 18000 Mk. im Ganzen genehmigt.

Gegen 1¹/₄ Uhr Mittags tritt eine halbstündige Frühstückspause ein, und werden danach die Verhandlungen fortgesetzt.

VII. Errichtung eines Lehrlingsheimes in der Stadt Braunschweig.

Der Vorsitzende macht hierzu etwa folgende Ausführungen: Nachdem der hiesige Stadtmagistrat auf eine entsprechende Eingabe der Handwerkskammer, in der, wie der Sekretär im Geschäftsbericht schon gestreift, die für die nächsten Jahre seitens des Vorstandes geplanten Maßnahmen zur Förderung des Handwerks im einzelnen angegeben waren, für die Errichtung eines Lehrlingsheimes hierselbst einen Zuschuß von 6000 Mk. in Aussicht gestellt habe, sei man in der Lage, den Plan zu verwirklichen; er hoffe, daß dieses Heim so ausgestaltet werden könne, daß auch die Meister davon Nutzen hätten. Vor allen Dingen sei es nötig, daß die jungen Leute zu tüchtigen Geschäfts-

leuten herangezogen würden, damit auch sie später dem Submissionsunwesen steuern könnten. Über den Zweck, den das Lehrlingsheim verfolge, wolle er sich nicht weiter zu verbreiten, da er dies als bekannt voraussetze. Jedenfalls solle es auf den jungen Nachwuchs im Handwerk eine erziehlche Wirkung ausüben und die jungen Leute mehr als bisher an Zucht und Ordnung gewöhnen. Da nun von dem hiesigen Stadtmagistrat die bezeichnete Summe als Zuschuß bewilligt sei, aller Wahrscheinlichkeit nach auch Herzogl. Staatsministerium einen ebenso großen Zuschuß bewilligen werde, und von den hiesigen Innungen ein Gesamtbetrag von ca. 600 Mk. zugesagt sei, so dürfte auch die Handwerkskammer nicht versäumen, ihr Interesse an dem geplanten Unternehmen nach außen hin durch Leistung eines Zuschusses zu bekunden. Der Vorstand habe demgemäß beschlossen, dem Plenum die Bewilligung eines einmaligen Zuschusses von 100 Mk. zu empfehlen. Er beantrage namens des Vorstandes, diesen Betrag zu bewilligen.

Herr Brackebusch meint, er sei zwar nicht sehr erbaut davon, daß man für ein Braunschweiger Lehrlingsheim etwas bewilligen solle. Da es sich indeß nur um eine bescheidene Summe handele, so wolle er dieselbe bewilligen.

Herr Cassel spricht sich dahin aus, daß das Lehrlingsheim für die jungen Handwerkslehrlinge von großem Nutzen sei, und daß er persönlich wohl noch etwas mehr für das Unternehmen übrig gehabt hätte, und hegt den Wunsch, daß bald in jeder Stadt des Herzogtums ein Lehrlingsheim gegründet werde.

Herr Härichhausen hält die geforderte Summe ebenfalls für zu gering und bittet mehr zu bewilligen, da er glaubt, daß das Lehrlingsheim ein vorzügliches Gegenmittel gegen die zunehmende Verrohung der Jugend bilden werde. In ähnlicher Weise äußert sich Herr Kiehne und spricht für die Errichtung von Lehrlingsheimen im ganzen Herzogtume.

Herr Freise erklärt, der Antrag sei ihm an und für sich sympathisch. Wenn seitens der Kammer aber nicht einmal ein dritter Buchführungskursus für Holzminden bewilligt werde, dann könne man auch nicht von ihm erwarten, daß er für die Errichtung eines Lehrlingsheimes sei.

Der Vorsitzende erwidert darauf, es handele sich gar nicht mehr um die Bewilligung des Lehrlingsheimes, denn das sei bereits beschlossene Sache, sondern nur um die Bewilligung eines Zuschusses für das Heim. Was die Buchführungskurse anlange, so müsse die Kammer sich nach den dafür seitens der Regierung zur Verfügung gestellten Mitteln richten und darauf sehen, daß jede Stadt einmal an die Reihe komme.

Herr Reg. Rat Dr. Stegmann glaubt ganz im Sinne Sr. Exzellenz Herrn Wirkl. Geh. Rat Hartwig zu sprechen, wenn er erkläre, daß die außerordentlich freundliche Aufnahme, die der Plan der Errichtung eines Lehrlingsheimes bei den Braunschweiger Handwerkern gefunden, ihn in seinem Bemühen, für das Handwerk zu arbeiten, bestärken werde. Er selbst wisse keine größere Aufgabe, als den jungen Nachwuchs des Handwerks zu stärken. Für das Geld, das die Handwerker für den Nachwuchs hingäben, würde dieser ihnen einst dankbar sein. Wie er aus der heutigen Stimmung entnehme, werde die Nützlichkeit eines Lehrlingsheimes nicht bezweifelt, und er freue sich, daß Stimmen laut geworden, die mehr leisten wollten, als gewünscht werde. Er halte es ebenfalls für nützlich, daß, wie schon von einigen Herren angeregt sei, möglichst im ganzen Lande Lehrlingsheime entstanden, und sei überzeugt, daß Exzellenz Hartwig diese Bestrebungen nach Kräften unterstützen werde. Er möchte darum bitten, die Bewilligung eines Zuschusses, bei dem es auf 100 Mk. mehr oder weniger gar nicht ankäme, zur Stärkung der ganzen Sache einstimmig zu beschließen.

Herr Germer stellt den Antrag, die geforderte Summe auf 200—300 Mk. zu erhöhen.

Herr Hardeweg und Herr Hahn äußern sich zustimmend zu demselben.

Herr Freise erklärt nochmals, daß er im Prinzip der geplanten Institution sympathisch gegenüberstehe; er sei aber verpflichtet gewesen, die ihm von seinen Wählern aufgetragenen Wünsche in der Versammlung zum Ausdruck zu bringen.

Herr Märtens meint, daß das Lehrlingsheim nicht nur den Lehrlingen aus der Stadt Braunschweig, sondern soweit zugänglich auch denen aus dem Kreise Braunschweig zugute kommen solle, und unterstützt den Antrag Germer.

Herr Cassel will gern bewilligen, was gefordert wird.

Herr Wolf beantragt, den verlangten Zuschuß auf 300 Mk. festzusetzen.

Der Vorsitzende zieht den Antrag des Vorstandes zurück und macht seinerseits den Vorschlag, als Zuschuß für das Lehrlingsheim statt 100 Mk. nunmehr 200 Mk. zu bewilligen.

Darauf zieht auch Herr Wolf seinen Antrag zurück und der Vorschlag des Vorsitzenden wird einstimmig angenommen.

VIII. Verschiedenes.

Der Vorsitzende giebt hierbei zunächst bekannt, daß vom Vorstande der Beschluß gefaßt sei, sogenannte Obermeistertage in verschiedenen Städten des Herzogtums abzuhalten, um auf diese Weise mit den einzelnen Innungen mehr Fühlung zu bekommen. Die Obermeistertage sollten zum Meinungsaustausch dienen und aus dem Grunde mehr instruktiven Charakter tragen. Es sei ihm nun von großem Wert heute festzustellen, welche Tage für die in Aussicht genommenen Versammlungen am geeignetsten seien.

Nachdem hierzu von den Herren Geffers, Neddermeyer, Germer und Rose einzelne Vorschläge gemacht, erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Obermeistertage möglichst an Sonntagen und zwar Nachmittags stattfinden.

Sodann teilt der Vorsitzende mit, daß nach den letzten Wahlen zur Kammer verschiedene Beschwerden über das jetzige Wahlverfahren erhoben seien, und demzufolge höchstwahrscheinlich eine Abänderung der bestehenden Wahlordnung angestrebt werden müsse. Er richte deshalb die Bitte an die Versammlung, gelegentlich der Kammer alle auf das Wahlverfahren sich beziehenden Wünsche mitzuteilen, damit seitens des Vorstandes die nötigen Schritte in der Angelegenheit getan werden könnten.

Herr Reg. Rat Dr. Stegmann erwidert darauf, Wünsche seien wohlfeil, aber die Durchführung derselben sei nicht alle Mal zu erreichen. Er stelle deshalb zur Erwägung, ob es nicht ratsam sei, einige Herren zu bestimmen, die sich mit der angeregten Frage genauer beschäftigten, die Wünsche prüfen, eingehend beraten und dann der nächsten Vollversammlung ausführlich darüber Bericht erstatten, event. auch schon eine entsprechende Vorlage unterbreiten könnten.

Herr Kiehne hält den Vorschlag des Kommissars für richtig.

Herr Dressel bringt zum Ausdruck, daß er eine Abänderung der Wahlordnung für unbedingt nötig halte.

Herr Reg. Rat Dr. Stegmann ergänzt seine Ausführungen dahin, daß die Handwerkskammer bereits Herzogl. Staatsministerium, Abteilung des Innern, eine Beschwerde, und zwar diejenige der Baugewerke-Innung Holzminden, zur Berücksichtigung empfohlen habe, in der das ganze Wahlprinzip bemängelt sei.

Herr Kronemann hält das jetzige Wahlsystem für sehr gut und bittet das darin angewandte Prinzip hochzuhalten.

Der Vorsitzende macht den Vorschlag, daß zunächst alle die Abänderung der Wahlordnung bezweckenden Anträge der Kammer eingereicht würden, und sämtliche Antragsteller dann die Mitglieder einer Kommission zur Abänderung der Wahlordnung, wie sie von dem Kommissar der Kammer angeregt, zu bilden hätten, deren Aufgabe darin bestehen sollte, bis zur nächsten Vollversammlung die eingegangenen Anträge zu prüfen und dann event. auf Grund derselben bestimmte Abänderungsanträge zu stellen. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Ferner bringt der Vorsitzende zur Kenntnis der Versammlung, daß die Satzungen der Kammer jetzt aufgebraucht seien und deshalb ein Neudruck derselben nötig sei, bei dem natürlich alle schon früher beschlossenen Satzungsänderungen berücksichtigt werden sollten, und bittet um Genehmigung. Die Genehmigung zu dem Neudruck wird erteilt.

Herr Neddermeyer spricht den Wunsch aus, daß bei der Gelegenheit auch eine Abänderung derjenigen Bestimmungen vorgenommen werden möchte, auf Grund deren jetzt die Verzeichnisse der ein- bzw. ausgeschriebenen Lehrlinge von den Innungsvorständen bis zum 1. Februar und 1. August jeden Jahres der Kammer eingereicht werden müßten, und bittet deshalb zu genehmigen, daß künftig die Einreichung der Verzeichnisse jährlich nur einmal und zwar bis zum 1. Februar erfolge. Zugleich stellt er den Antrag, daß der Vorstand um ein Mitglied vergrößert werde, und demgemäß auch die Satzungen eine entsprechende Abänderung erfahren.

Der Sekretär erwidert darauf, daß die bezeichneten Bestimmungen über die Einreichung der Listen in den mit Genehmigung Herzogl. Staatsministeriums, Abteilung des Innern, seitens der Kammer unter den 17. Dezember 1901 erlassenen „Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens in Handwerksbetrieben“ enthalten seien.

Der Vorsitzende hält die Bitte des Herrn Neddermeyer nicht für so wichtig, daß eine Abstimmung darüber erfolgen müsse, meint vielmehr, daß die einmalige Einreichung der erwähnten Verzeichnisse völlig ausreiche.

Herr Blume wünscht, der Vorstand möge ihm geeignet erscheinende Schritte tun, um zu erreichen, daß die Ortspolizeibehörden angewiesen würden, der Kammer von Zeit zu Zeit die Namen jedes in die Lehre gekommenen Handwerkslehrlings anzuzeigen.

Der Vorsitzende hält diesen Wunsch für gänzlich aussichtslos und bittet Herrn Blume, sich nochmals daran zu erinnern, daß seitens der Kammer, wie vom Sekretär auch im Geschäftsberichte schon erwähnt, eine Lehrlingsenquôte eingeleitet sei, und daß damit sicherlich schon recht viel erreicht werde.

Herr Neddermeyer wiederholt seinen Antrag wegen Erweiterung des Vorstandes und schlägt vor, als 12. Vorstandsmitglied einen Vertreter aus dem Kreise Helmstedt zu wählen.

Herr Rose meint, wenn für den Kreis Helmstedt noch ein zweites Vorstandsmitglied beantragt werde, so könne er dies Verlangen auch für den Kreis Gandersheim stellen.

Herr Lutterberg stimmt dem Antrag zu.

Herr Hardegew befürwortet die Wahl eines Vertreters aus Helmstedt und schlägt als solchen Herrn Dressel vor.

Der Antrag des Herrn Neddermeyer wird einstimmig angenommen und danach Herr Dressel unter der Voraussetzung der Genehmigung der beschlossenen Satzungsänderung einstimmig als 12. Vorstandsmitglied gewählt.

Der Vorsitzende kommt sodann auf das als Anerkennung für langjährige treue Pflichterfüllung in einem und demselben Arbeitsverhältnisse von Sr. Königl. Hoheit dem Prinzregenten im Jahre 1903 neu gestiftete Ehrenzeichen zum Herzogl. Orden Heinrichs des Löwen zu sprechen und bemerkt dazu: Seitens der Kammer sei kürzlich eine längere Eingabe an Herzogl. Staatsministerium gerichtet, und darin die Bitte ausgesprochen, es möchte künftig die Überreichung des Ehrenzeichens an die damit Beliehenen aus dem Handwerkerstande nur einmal im Jahre, und zwar am Tage vor dem Geburtstage des Regenten in besonders feierlicher Weise hier im Saale des Gildehauses, im Beisein der beteiligten Arbeitgeber und des Vorstandes der Handwerkskammer, von einem Vertreter der Staatsregierung vollzogen werden. Wie er nun jetzt erfahren, schiene es so, als ob dieser Bitte nicht im vollen Umfange entsprochen werden könne. Seiner Meinung nach würde auch sicherlich die gleiche Wirkung erreicht, wenn in jeder Kreisstadt des Herzogtums entsprechende Feierlichkeiten veranstaltet würden. Es liege ihm heute hauptsächlich daran, hierüber einmal die Ansicht der Versammlung zu hören.

Herr Dressel meint, wenn es sich der Mühe lohne, d. h. wenn genügend Arbeitnehmer in den betr. Kreisen vorhanden seien, die für langjährige treue Dienste seitens der Staatsregierung eine Auszeichnung erhalten könnten, so möchte er sich dafür entscheiden, daß in den betr. Kreisstädten die Auszeichnungen überreicht würden.

Herr Reg. Rat Dr. Stegemann weist noch besonders darauf hin, daß die Verleihung des Ehrenzeichens eine staatliche Funktion sei, und daß es deshalb für diejenigen Arbeitgeber, deren Gesellen das Ehrenzeichen erhielten, eine Ehrenpflicht sei, auch ihrerseits dieselben durch eine Ehrengabe zu belohnen. Der Tag, an dem die feierliche Überreichung des Ehrenzeichens erfolge, müßte gewissermaßen ein Ehrentag für das ganze Handwerk sein, und dazu müßten in erster Linie die Innungen, soweit es in ihren Kräften stünde, mit beitragen, vielleicht durch Veranstaltung eines feierlichen Umzuges oder dergl.

Der Vorsitzende glaubt mit Bestimmtheit sagen zu können, daß es wohl kaum einen Meister gebe, der nicht seinen Gesellen für langjährige treue Mitarbeit eine Anerkennung zuteil werden lasse, und schließt daraus, daß niemand in der Angelegenheit sich noch zum Worte meldet, daß die Versammlung damit einverstanden sei, wenn die erwähnten Feiern in den einzelnen Kreisstädten stattfänden.

Der Vorsitzende teilt ferner mit, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die in der letzten Plenarsitzung genehmigte Dienstweisung für den Sekretär einer Abänderung bedürfe, und beantragt deshalb, den Vorstand zu ermächtigen, diese etwaige Abänderung vornehmen zu dürfen. Der Antrag wird angenommen.

Der Vorsitzende gibt hiernach bekannt, Herr Freise habe ihm vor Beginn der heutigen Sitzung drei schriftliche Anträge überreicht, die folgenden Wortlaut hätten:

Die Handwerkskammer wird ersucht,

1. um Änderung der Wahlkörper und zwar so, daß die Innungen aus einem Kreise, welche dasselbe Handwerk haben, jedesmal zusammen ein Kammermitglied stellen.
2. daß nur diejenigen Lehrlinge halten sollen, die Mitglieder einer Innung sind.
3. das Beauftragtenwesen möge den Innungen übertragen werden und die Kammer möge die dadurch entstehenden Kosten tragen.

Er könne nur auf den letzten Antrag näher eingehen, da die ersteren beiden sich von selbst erledigten, und sehe sich veranlaßt, einige Bemerkungen dazu zu machen:

Der Vorstand habe sich schon lange mit dem Beauftragtenwesen beschäftigt, sei aber mit seinen Erfahrungen in der Sache noch nicht soweit gediehen, um schon mit einer bestimmten Vorlage hervorzutreten. Es seien verschiedentlich auf Veranlassung der Kammer und auf deren Kosten probeweise Kontrollen von Handwerksbetrieben in größeren Bezirken des Herzogtums vorgenommen. Auch seien einzelne Innungen auf entsprechenden Antrag hin schon kammerseitig ermächtigt, durch ihre Innungsbeauftragten auch Nichtinnungsbetriebe zu kontrollieren; das Ergebnis aller dieser Kontrollen habe gezeigt, daß unbedingt das Beauftragtenwesen eingeführt werden müsse.

Herr Dressel bittet darum, das Beauftragtenwesen so schnell als möglich zu regeln.

Herr Neddermeyer teilt mit, daß seitens der Schuhmacher-Innung Helmstedt schon mehrere Jahre das Beauftragtenwesen eingeführt sei.

Herr Hardegew erwähnt speziell die Kontrolle der Bäckereien und Konditoreien, und ist der Ansicht, daß eine einseitige Kontrolle durch die Polizeiorgane nicht richtig sei, er habe nichts dagegen, wenn die Polizei die Bäckereibetriebe kontrolliere, doch müßten ein oder zwei Bäckermeister als Sachverständige unbedingt hinzugezogen werden.

Herr Freise stellt ferner den Antrag, es möchten denjenigen Kammermitgliedern, die von weit entlegenen Orten zu den Versammlungen der Kammer kommen, selbst wenn die Verhandlungen nur einen Tag in Anspruch nehmen, die Kosten für Nachtlogis gewährt werden. Der Vorsitzende erwidert darauf, daß die Angelegenheit vom Vorstande bis zur nächsten Plenarsitzung genau geprüft, event. auch schon eine bestimmte Grenze festgelegt werden solle, bis zu der die beantragten Nachtgelder bewilligt werden könnten, und daß dann entsprechende Beschlüsse wegen Abänderung der Satzung vom Plenum gefaßt werden könnten.

Herr Hahn spricht den Wunsch aus, der Vorstand möge dahin wirken, daß die frühere vom Direktor der hiesigen Gewerbeschule eingerichtete Fachzeichenschule für Schuhmacherlehrlinge wieder ins Leben gerufen werde, und will dann im Anschluß daran im Einzelnen auf die Gestaltung des Unterrichts eingehen.

Der Vorsitzende unterbricht denselben jedoch und teilt mit, daß seitens der Kammer keine Schritte in der Angelegenheit unternommen werden könnten.

Herr Lutterberg spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Maschinenbau-schule in Holzminden eingehen solle.

Herr Reg. Rat Dr. Stegmann entgegnet darauf, daß die Staatsregierung keine Schuld daran habe.

Der Vorsitzende macht dann die Versammlung auf die diesjährige vom Mai bis Oktober in Dresden stattfindende große Deutsche Kunstgewerbeausstellung, zu der der Kammer von dem Vorsitzenden des Werbeausschusses eine Einladung zugegangen, aufmerksam und empfiehlt deren Besuch. Vielleicht sei es auch wieder möglich, so führt er weiter aus, bei genügender Beteiligung für diejenigen Handwerker des Herzogtums, die diese Ausstellung besuchen wollten, ähnlich wie derzeit nach der Handwerksausstellung zu Magdeburg, eine gemeinschaftliche Fahrt nach Dresden zu veranstalten und dadurch die Reisekosten etwas zu verringern, doch sollten seine heutigen Mitteilungen nur zur Anregung dienen.

Herr Meyer wünscht, daß man nicht eher auseinandergehe, bevor nicht nochmals ein Notschrei wegen des Submissionswesens getan sei. In allen Versammlungen werde geschrien, auch in der heutigen Versammlung müsse man schreien und in einer Resolution, deren Fassung er dem Vorsitzenden bzw. dem Kammervorstande überlassen wolle, und die der Regierung zu unterbreiten sei, zum Ausdruck bringen, daß bei allen Submissionen der Mindestfordernde ausgeschlossen werde.

Der Vorsitzende entgegnet, daß eine solche Resolution garnicht den Wünschen des gesamten Handwerkerstandes entspreche, da nicht alle Anwesenden der gleichen Meinung seien, daß der Mindestfordernde unter allen Umständen ausgeschlossen werde, daß vielmehr die Ansichten über das Verfahren bei Vergabungen noch sehr geteilt, jedenfalls noch garnicht geklärt seien, und daß man deshalb nur eine solche Regelung des Submissionswesens wünschen könne, die den Verhältnissen des Handwerks im allgemeinen Rechnung trage.

Herr Meyer erwidert, er meine das Verfahren bei den städtischen Submissionen, da dies nicht den Wünschen des Handwerkerstandes entspreche, so müsse man schreien und abermals schreien.

Herr Reg. Rat Dr. Stegmann betont, daß die Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Vorschläge bezüglich des Submissionswesens so auseinandergingen, daß man mit dem zur Zeit vorliegenden Material noch gar nichts anfangen könne. Wolle die Handwerkskammer die Sache nochmals prüfen und ausführbare Vorschläge machen, so stehe dem nichts entgegen. Jedenfalls brauche man aber nicht zu schreien, da die Herzogliche Staatsregierung für solche Angelegenheiten ein sehr feines Gehör habe.

Herr Meyer meint, daß die städtischen Behörden dies feine Gehör nicht besäßen, deshalb müsse geschrien werden, ohne Schreien erreiche man doch nichts.

Herr Brackebusch führt aus, daß den meisten Handwerkern der Selbsterhaltungstrieb fehle; dies zeige sich bei vielen Submissionen, ein großer Teil der Handwerker könne garnicht kalkulieren, er empfehle deshalb dem Vorstande der Kammer die Einführung von Kalkulationskursen.

Herr Reg. Rat Dr. Stegmann erklärt, er könne diese Anregung nur mit Dank begrüßen. Falsches Kalkulieren finde man auch bei Industriellen und im Handel. Teils geschehe dies aus Unwissenheit, teils aus Not. Die erwartete Nachsicht bei der Abnahme tröste die Betreffenden über den Kalkulationsfehler. Dieser Fehler werde aber auch von solchen Leuten gemacht, die um jeden Preis ins Geschäft kommen wollten. Was das Submissionswesen anlange, so glaube er nicht, daß gegen dessen Regelung eine Abneigung bestehe. Die Sache sei aber noch nicht soweit geklärt, daß man von den außenstehenden Organen Hilfe erwarten könne. Er bitte die Frage nochmals zu prüfen und dann die Kammer dadurch zu unterstützen, daß man ganz bestimmt sage, was man im allgemeinen und was man für bestimmte Berufskreise wolle, um Abhilfe zu schaffen. Das Wie? der Frage sei jedenfalls noch nicht gelöst. Deshalb dürfe die Angelegenheit nicht übers Knie gebrochen, sondern müsse noch einer ganz besonderen Beratung unterzogen werden. Er könne aber wohl erklären, daß die Kammer sich des Wohlwollens der Regierung in jeder Beziehung versichert halten dürfe.

Herr Meyer bedauert, daß sich noch immer nicht Einigkeit in dieser Frage erzielen lasse.

Der Vorsitzende erwidert, daß der Vorstand noch weiteres Material sammeln werde, um so die Angelegenheit zu einem für alle Kreise des Handwerks befriedigenden Abschlusse bringen zu können, und schließt dann, da sich niemand mehr zum Worte meldet, mit einigen Dankesworten an die Versammlung um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags die Sitzung.

Der Vorsitzende:
C. Osterloh.

Der Sekretär:
R. Baumgarten.